

# NZZ am Sonntag

## Geopolitik

### Es braucht wieder einen Weltpolizisten USA

Es waren verständliche Gründe, die US-Präsident Barack Obama dazu bewogen, im syrischen Bürgerkrieg Zurückhaltung zu üben. Der Irakkrieg von 2003 war ihm eine Warnung: Der Versuch der USA, den Irak mit dem Sturz von Diktator Saddam Hussein zu befrieden und eine freundlich gesinnte Regierung zu installieren, geriet zum Desaster. Und noch immer wird das Land von Gewalt beherrscht. Wieso sich also in Syrien die Finger verbrennen? Weil es den Weltpolizisten USA immer noch braucht, Europa dazu nicht in der Lage ist und die Alternativen - Russland oder dereinst vielleicht China - wenig erbaulich sind. In Syrien zeigt sich das besonders deutlich. Russland nutzt das Vakuum, das die amerikanische Passivität hinterlassen hat, auf brutale Weise aus und assistiert dem Regime bei der Rückeroberung Aleppos. Auch in der Ukraine zündelt Moskau: Ein Untersuchungsbericht hat diese Woche eine Mitverantwortung der Russen für den Abschuss des malaysischen Flugzeugs MH17 festgestellt. Obamas vornehme Zurückhaltung ist zwar gut gemeint, aber schädlich. Und obwohl sich niemand gerne die Hände schmutzig macht, geht es nicht anders, will man das Weltgeschehen beeinflussen. Es wird an der nächsten Bewohnerin des Weissen Hauses liegen, Amerikas Führungsrolle in der Welt wiederherzustellen. (at.)

## Fall Behring

### Bundesanwaltschaft hätte mit weniger mehr erreicht

Endlich: Der Financier Dieter Behring ist zwölf Jahre nach dem Auffliegen seines Schneeballsystems vom Bundesstrafgericht verurteilt worden. Die Richter schicken ihn wegen Anlagebetrug für fünfeinhalb Jahre hinter Gitter. Das Urteil ist milde ausgefallen, weil die Tat weit zurückliegt. Je entfernter Urteil und Geschehen, desto tiefer das Strafmass, wie die Praxis zeigt. Die Bundesanwaltschaft ist mitschuldig an der unendlichen Geschichte. Sie hat es verpasst, sich von Anfang an auf einige gut dokumentierte und beweisbare Delikte zu konzentrieren. Damit wären die Ankläger viel schneller zum Ziel gekommen. Die Zürcher Staatsanwaltschaft hat dies jüngst vorgemacht: Gegen einen korrupten Pensionskassenmanager fokussierte sie auf das Beweisbare und peitschte das Verfahren in nur zweieinhalb Jahren durch. Natürlich ist der Fall Behring mit 2000 Geschädigten und 800 Millionen Franken Schadenssumme ein anderes Kaliber. Aber genau darüber stolperte man: Die Bundesanwaltschaft wollte das ganze System Behring erklären. Damit hat sie sich die schwerstmögliche Variante aufgeladen - und Behring Gelegenheit geboten, das Verfahren x-fach zu verzögern. In Zukunft muss sich die Bundesbehörde auf das Machbare konzentrieren. (jac.)

## Berlusconi

### Tanti auguri!

In seiner Villa bei Monza hat Silvio Berlusconi diese Woche den 80. Geburtstag gefeiert. Geladen waren die Familie und wenige Vertraute - verglichen mit früheren Ausschweifungen ein frugales Fest. In Italien fragt man sich, ob der wegen Steuerbetrug rechtskräftig Verurteilte als Protagonist in die Politik zurückkehrt. Danach sieht es nicht aus: Seit einer Herzoperation im Juni lässt es Berlusconi gemächlicher angehen. Das Haus im Zentrum Roms hat er geräumt. Italien erholt sich langsamer als erhofft von seinen vier Amtszeiten als Ministerpräsident, in denen er nicht eine einzige Reform zur Modernisierung des Landes durchführte und sich stattdessen um seine eigenen Interessen kümmerte. Glückwunsch, signor Berlusconi! Geniessen Sie den Ruhestand. (be.)

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

### Grosszügigkeit für Kriegsflüchtlinge, Härte gegen Armutsmigranten

Wer es nach Europa schafft, der kann bleiben, das weiss in Nordafrika jeder. Solange das nicht ändert, wird die Migration über das Mittelmeer weitergehen, schreiben **Kader Tizeroual und Beat Stauffer**

In Italien findet die Reise vieler Migranten und Flüchtlinge zurzeit ein abruptes Ende. Sie kommen nicht weiter. Das wird sich so schnell nicht ändern; Europa hat seine Binnengrenzen weitgehend dichtgemacht. Auch die Schweiz.

Das ist für die Betroffenen sehr hart. Doch Europa hat zurzeit keine Möglichkeit, seine Tore für Armutsmigranten wirklich zu öffnen. Dazu fehlt der politische Wille. Und es fehlen die Möglichkeiten, diese Menschen sinnvoll zu integrieren. Allein schon die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten und die Direkthilfe vor Ort erfordern gewaltige Anstrengungen. Kommen jährlich Hunderttausende von Armutsmigranten dazu, so wird es zu einer Überforderung kommen. Erste Anzeichen sind in Italien zu sehen.

Vor allem aber kann der massenhafte Exodus von Menschen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nie und nimmer die Lösung für die Probleme dieser Länder darstellen. Es braucht vielmehr gesellschaftliche Veränderungen vor Ort. Daran muss Europa aktiv mitwirken.

Zu einer Eindämmung der Zuwanderung von Menschen, die hier - verständlicherweise - ein besseres Leben suchen, gibt es deshalb keine realistische Alternative. Das mag herzlos klingen. Doch wer den Südrand des Mittelmeers kennt, weiss um den enormen Migrationsdruck selbst in vergleichsweise wohlhabenden Maghrebstaaten. «Je préfère le requin au Marocain», lautet etwa in Marokko ein geflügeltes Wort. Frei übersetzt: Lieber den Tod auf dem Meer riskieren als im Land bleiben. Nur dank einer funktionierenden Küstenwache in Marokko, Algerien und Tunesien, welche illegale Ausreisen verhindert und auf hoher See Gerettete wieder an Land holt, hat es Europa gegenwärtig nur mit relativ wenigen Flüchtlingen aus dieser Region zu tun. Dafür stehen in Libyen - wie bekannt - alle Tore offen, und Schlepperbanden haben freie Hand.

Sehr beunruhigend ist aber auch die Lage in Ägypten. In den vergangenen Monaten

haben die Ausreisen dort stark zugenommen, und bereits ist es auch zu einem schweren Bootsunglück gekommen. Nicht auszu-denken, was geschähe, falls das Regime von Präsident Sisi die Grenzen Ägyptens nicht mehr ausreichend sichern könnte.

Um den Zustrom von Migranten aus dem zerfallenden Libyen zu stoppen, muss Europa auch neue Wege ins Auge fassen: etwa den Einsatz von Lazarettschiffen, auf denen die geretteten Flüchtlinge untergebracht würden. Dort müssten unter Aufsicht der Uno-Flüchtlingsorganisation Asylverfahren durchgeführt werden. Wer Asyl erhält, könnte in der Folge direkt in ein europäisches Aufnahmeland geflogen werden. Bei einem abschlägigen Asylentscheid würden die Betroffenen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt.

Wenn Europa den Zustrom von Migranten wirklich stoppen will, muss es endlich eine kohärente Politik betreiben und diese auch klar kommunizieren. Wer regelmässig mit

Migranten redet, hört Geschichten, die sich sehr stark gleichen. So wissen etwa die allermeisten Migranten, dass sich die europäischen Länder uneins sind, dass man gut untertauchen kann und dass das Risiko, bei einem abgelehnten Asylgesuch abgeschoben zu werden, gering ist. «Wenn du einmal in Europa bist, dann kannst du mit hoher Wahrscheinlichkeit bleiben», lautet die wichtigste Botschaft. Sie ist bis ins letzte Dorf in der Savanne oder am Rand der Wüste vorgebracht worden. Junge Migranten räumen im Gespräch auch ein, dass sie es sich gut überlegen würden, einem Schlepper mehrere tausend Euro für eine Reise zu bezahlen und ihr Leben zu riskieren, wenn sie innert kurzer Zeit wieder ausgeschafft würden.

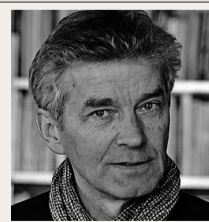
Um dies zu ändern, müssen alle europäischen Staaten abgewiesene Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten konsequent zurückführen. Das kann nur funktionieren, wenn die EU mit den Herkunftsländern von Wirtschaftsmigranten so rasch als möglich praxistaugliche Rückführungsabkommen aushandelt. Dazu müssen die betreffenden Staaten unter Druck gesetzt werden. Diese werden Gegenleistungen verlangen, denn sie profitieren von den Geldüberweisungen der Migranten aus den Industriestaaten. Das wird Milliarden kosten. Europa sollte zudem auch in einem gewissen Umfang legale Migrationswege öffnen.

Voraussetzung für eine Kursänderung ist die Erkenntnis, dass nur eine neue, pragmatische Migrations- und Asylpolitik weiterführen kann. Dazu brauchte es eine Art historischen Kompromiss zwischen migrations-skeptischen Kräften und all denjenigen, welche auf einem grosszügigen Asylrecht und auf der strikten Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen beharren. Denn es braucht beides: Grosszügigkeit gegenüber Kriegsflüchtlingen und Solidarität mit den Ländern des Südens, aber auch die Einsicht, dass Europa unmöglich zum Fluchtort von Millionen von Menschen aus armen Ländern werden kann.

### Kader Tizeroual und Beat Stauffer



Kader Tizeroual



Beat Stauffer

**Kader Tizeroual, 48**, ist Jurist und Mediator der Fachhochschule Bern in interkulturellen Konflikten. Er stammt aus Marokko und lebt seit 31 Jahren in der Schweiz.

**Beat Stauffer, 63**, arbeitet als Kursleiter und Journalist und beschäftigt sich beruflich seit über 25 Jahren mit dem Maghreb.